

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vorortte zweimal täglich monatl. M. 10.—, vierst. (abtl.) M. 30.—; für Thüringen monatl. M. 10.—, Wörtern-Zugabe allein M. 7.—, Thür.-Zugabe monatl. M. 1.—, zweitl. M. 1.—; Durchfahrt entweder einzeln oder zweimal zusammen M. 10.—, vierst. (abtl.) M. 30.—, nach der Zeit zweimal Sachsen-Anhalt-Zugabe monatl. M. 7.—, vierst. (abtl.) M. 15.— (ausdrücklich Vollbelegschaft). Sachsen-Anhalt monatl. M. 10.— und Sachsen-Anhalt-Zugabe zusammen: Wörtern-Zugabe 10.—, Thür.-Zugabe 20.—, Sonntags-Zugabe 40.—

114. Jahrgang

Anzeigenpreis: für St.-Petriplatz 2. 1. Bogen, für einfache Kompassanzeige Mf. 1.75, von ausführlicher Mf. 2.25. Anzeigen von Wochsen im öffentlichen Teil der Kompassanzeige Mf. 1.75, von ausführlicher Mf. 2.25, s. unten, Nr. 5.— Kleine Anzeigen der Kompassanzeige Mf. 1.00, von ausführlicher Mf. 1.50. Geschäftsanzeigen mit Werbeüberschriften im Dreieck rechts. Platz und Datumszahl ohne Werbeüberschrift. Zeitungssprecher für die Zeitungsanzeige des Sonntags Mf. 12.— netto, für Zeitungsanzeige des Tages Mf. 10.— netto, für Zeitungsanzeige der ersten Samstagsausgabe Mf. 14.— netto, für Zeitungsanzeige der zweiten Samstagsausgabe Mf. 16.— netto, für Zeitungsanzeige der dritten Samstagsausgabe Mf. 18.— netto, für Zeitungsanzeige der vierten Samstagsausgabe Mf. 20.— netto. Zeitungssprecher für die Zeitungsanzeige des Sonntags Mf. 12.— netto, für Zeitungsanzeige des Tages Mf. 10.— netto, für Zeitungsanzeige der ersten Samstagsausgabe Mf. 14.— netto, für Zeitungsanzeige der zweiten Samstagsausgabe Mf. 16.— netto, für Zeitungsanzeige der dritten Samstagsausgabe Mf. 18.— netto, für Zeitungsanzeige der vierten Samstagsausgabe Mf. 20.— netto.

Mr. 380

Dienstag, den 17. August

1920

Bor den Toren Warschau

Der Kampf um die polnische Hauptstadt

Paris, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach neuesten Berichten aus Warschau ist die polnische Hauptstadt teilweise von roten Truppen umzingelt. In der nordöstlichen Vorstadt kam es bereits zu Gefechten. Die Rote Armee führt schwere Belagerungsgeschütze auf, um die Stadt zu beschießen. Um den äußeren Festungsgürtel ist der Kampf in vollem Gange. Die politische Regierung befindet sich außer einigen Dienstzweigen, die bereits nach Posen verlegt wurden, immer noch in Warschau. Der Telephonverkehr ist eingestellt und die Kaufhäuser werden allmählich geschlossen. Schon über 300 000 Personen haben die Stadt verlassen.

Nach dem Corriere della Sera sollen die Russen weiter in den Festungsgürtel von Warschau eingedrungen sein. Das Land soll sich in den Händen der Bolschewisten befinden.

Posen. 16. Aug. (Drabbericht.) Infolge der Verschlechterung der militärischen Lage vor Warsaw haben auch die alliierten Militärmisionen, die Botschafter Zusatz und Lord Abernethy, Warsaw in der Nacht vom 13. zum 14. August verlassen und sich nach Posen begeben, wo bis zum Eintreffen der polnischen Regierung der Direktor des politischen Departements Okonski als Vertreter des Ministers des Auswärtigen, die polnische Regierung gegenüber dem diplomatischen Corps vertreten. Der **päpstliche Nuntius** und

Russische Patrouillen vor Graudenz
Berlin, 16. Aug. (Drabtbericht unserer Berliner Schriftleitung). Nach Nachrichten von der russisch-polnischen Front zieht der russische Nordflügel seinen Vormarsch weiter fort. Die ersten Reiterpatrouillen der 12. Division streifen bereits bis vor Graudenz, wo der russische Nachrichtendienst größere polnische Truppenansammlungen festgestellt hat und einen festigen Widerstand erwartet. Die Russen beobachten daher, gegen die beiden Weichselfestungen Thorn und Graudenz, die von den

Politik in Amerika

Für die Beurteilung der politischen Vorgänge, die sich seit Anfang Juni in Amerika abgespielt haben, genauer gesagt: des Verlaufs und Ergebnisses der beiden großen Nationalkonvents, ist es höchst interessant zu beobachten, wie sich die englische Presse zu diesen Vorgängen verhält. In welchen Kreisen Amerikas herrscht nicht erst seit heute und gestern eine sehr starke Verstimmung gegen England — ein Reziduum aus dem Weltkriege; eine Verstimmung, die von den Amerikanern irischer Abkunft sowie von den aus ihrer irischen Heimat herübergekommenen Agitatoren andauernd und eifrig geswärzt wird. Den englischen Blättern ist diese Tatsache selbstverständlich wohlbekannt, und da sie ihre politische Aufgabe darin erblicken, diese starke Missstimmung nach Möglichkeit abzuschwächen, damit die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht schwer gefährdet würden, so sind sie in der Artikulation amerikanischer Verhältnisse und Vorgänge außerordentlich behutsam; den Feinden Englands in Amerika soll kein Anlog zu neuen gegen England gerichteten Handgebungen gegeben werden. Da ist es nun überaus bemerkenswert, daß ein großer Teil der führenden englischen Presse trotz dieser grundsätzlichen Zurückhaltung die eingangs erwähnten Vorgänge ziemlich scharf kritisch beleuchtet. Diese Blätter finden, daß die beiden Nationalkonvente wieder einmal die übelsten Seiten des politischen Lebens in Amerika offenbart haben; daß trotz der großen Umwälzungen, die der Krieg auf so vielen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens herbeigesührt hat, die Macht der politischen Maschine ungebrochen geblieben ist und mit ihr alle jene häßlichen Begleiterscheinungen, die so häufig den wahren Volkswillen verschleiern und unwirklich machen. Es wird in diesen englischen Blättern betont, daß sowohl die Nominierung des Senators Harding als auch die des Gouverneurs Cox das Werk dieser Parteimaschinen und ihrer Drahtzieher, der "Bossie", gewesen ist. Der "Manchester Guardian" spricht sogar von einem "terrifying display", einer entsetzlichen Schaustellung dieses unveränderten Geistes der Parteimaschine und

Die Nominierung der beiden Kandidaten ist auch tatsächlich auf Einflüsse zurückzuführen, mit denen der "Volkswille" nicht das geringste zu tun hat. Harding wäre bestimmt nicht als Kandidat aufgestellt worden, wenn dieser Volkswille zu entscheiden gehabt hätte. Den besten Beweis für diese Annahme bildet die Tatsache, daß selbst in der republikanischen Presse, also in den Organen seiner eigenen Partei, eine nicht zu unterdrückende Minderstimmgabe über diese Wahl immer schärfer zum Ausdruck kommt. Auch die demokratische Presse zeigt sich nicht durchgängig mit der Nominierung des Gouverneurs Cox einverstanden. Die Einwendungen und Vorbehalte gegen diese beiden Kandidaten kommen natürlich nicht offen zum Ausdruck, stellen keine "Meinerei" dar, die zu einem "bott", einer Spaltung in der Partei, führen könnten, sind aber doch als Symptome recht beachtenswert. Der diesen Einschränkungen zugrunde liegende Gedanke ist der, daß keiner von beiden als "vote-gatherer", d. h. als Stimmengewinner, stark genug ist, um seine Partei zum sicheren Siege zu führen. Liberale Zeitschriften, wie die "Nation" und die "New Republic" weisen auf den skandalösen Zustand hin, daß Leute wie der Justizminister Palmer und der frühere Postchaster Gerard überhaupt als Kandidaten vor den Kongreß gebracht werden konnten; Palmer, der durch seine allen Rechtsbegriffen bohnsprechenden Verfolgungen sogenannter radikaler Elemente, durch die von ihm gesetzte Unterdrückung der Meinungsfreiheit, durch das von seinem Ressort betriebene Epiphelum das Ansehen Amerikas schwer geschädigt hat; Gerard, dessen ände Nichtigkeit und Unmähigkeit von der

Die Bewerbung Palmers, MacAdoos und des Gouverneurs Coz um die Kandidatur war übrigens in hohem Grade bezeichnend für die Stellungnahme der Demokratischen Partei zu ihrem bisherigen Führer, dem Präsidenten Wilson. (Nach einer Meldung vom 29. Juli hat Präsident Wilson im Interesse der Einheitlichkeit der Partei beschlossen, die Führung niederzulegen und dem Gouverneur Coz zu übertragen.) Sowohl Palmer als auch MacAdoo sind noch übereinstimmender Auffassung in San Francisco unterlegen, weil sie dem Weißen Hause nahestanden, weil ihre Kandidatur von Wilson begünstigt und befürwortet worden war. Es ist in Aune:bia ein öffentliches Geheimnis, daß ein sehr erheblicher Teil der Demokratischen Partei mit Wilson überaus unzufrieden ist; und die Nominierung des Gouverneurs Coz ist zum großen Teil aus dem Grunde erfolgt, daß Coz in gar keinen Beziehungen zum Weißen Hause stand, ja daß Wilson gegen seine Auffassung unterdrückt gearbeitet haben soll. Im Interesse der Parteienheit hat aber vor kurzem eine Annäherung zwischen Wilson und Coz stattgefunden; die beiden und der Vizepräsidentschaftskandidat Franklin Roosevelt hatten im Weißen Hause eine lange Unterredung, über die später amtlich mitgeteilt wurde, daß sie zu einer vollständigen Einigung der Auffassungen über die schwedenden Tagessfragen, namentlich über Friedensvertrag und Völkerbund, zwischen dem Präsidenten einerseits, Coz und Roosevelt anderseits, geführt habe. Dieses Ergebnis der Unterredung bedeute für die Republikanische Partei eine ziemlich schwere Enttäuschung, da die Parteiführer angeblich der Gegnerinheit gegen Wilson, die sich auf dem Parteikonvent gezeigt und die zur Aufführung Coz' geführt hatte, fest erwartet hatten, daß zwischen Wilson und Coz eine Übereinstimmung nicht zu erwarten sei werde. Diese Hoffnung auf einen offenen Zerfall der Demokratischen Partei ist durch das kluge, fakultative Vorgehen Wilsons und Coz' enttäuscht worden. Gouverneur Coz, der sich vor seiner Nominierung um Friedensvertrag und Völkerbund kaum je gekümmert hatte, hat jetzt schließlich dafür gesorgt, daß es auf dem Wahltag

Polen zur Vertheidigung hergerichtet worden sind, systematisch und mit größeren Kräften vorzugehen. Infolgedessen sind von den Reserven der russischen vierten Armee weitere Divisionen in die Front gesetzten worden.

ein Bündnis Wrangels mit Polen?

Paris, 16. August. (Eig. Drahtbericht.) Wie verlautet, soll ein Vertreter des Generals Wrangel in Warschau eingetroffen sein, um dort mit Polen ein Schuh- und Truhbündnis zu schließen. Soweit die russischen und polnischen Truppen miteinander in Führung getreten seien, werde eine gemeinschaftliche Offensive unternommen. In Warschauer politischen Kreisen begt man die Hoffnung, sowohl von Frankreich als auch von den Vereinigten Staaten unterstützt zu werden.

einigten Staaten unterstützt zu werden.
Wien, 16. August. (Drabtbericht.) Eine Patrouille der neuen Wehrmacht hat auf der Donau-Schlepper mit Munition, die zweifellos für General Wrangel bestimmt war, angehalten. Die Erhebungen darüber sind im Gange. Man glaubt, dss es sich um Waffen und Munition handelt, die aus Frankreich über Bayern auf dem Donauweg nach Rumänien und von dort nach Sudetienland für die Truppen des Generals Wrangel transportiert werden sollten. Die Munition wurde beschlagnahmt.

Balzheim'sche Verstärkungen nach der Krim

London, 16. August. (Engl. Drähtbericht.) Daily Express meldet, daß in der Armee neue bolschewistische Verstärkungen eingetroffen sind, um an der gegen Wrangel eingeleiteten Offensive teilzunehmen, in deren Verlauf es drei roten Divisionen gelungen ist, den Donjepr zu überschreiten. Zwei Kavalleriekolonnen greifen Alexandrowsk von Süden an. Die Truppen finden hartnäckige Widerstand.

einem am 14. August im „Journal“ erschienenen Artikel wird gefordert, daß trotz der Veröffentlichung der Friedens- und Waffenstillstandsbedingungen, welche ich gestellt habe, die Sowjetrepublik die Absicht habe, in diese Bedingungen eine Klausel einzufügen, um die Ostgrenze Polens zu verändern und den Danziger Koerper zu berühren. Ich erkläre:

dort zu bestehen. Ich erkläre:

1. Die Sowjetregierung hat weder mit Deutschland, noch mit anderen Ländern ein Abkommen geschlossen, sei es direkt, sei es indirekt gegen Polen gerichtet. 2. Die Bedingungen für den Waffenstillstand und für die Friedenspräliminarien enthalten nichts, was die Vergleichen zwischen Deutschland und Polen oder deren Grenze betrifft. 3. Die Sowjetregierung verwirft als unwürdig jeden Gedanken daran, daß sie von den polnischen Imperialisten dazu benutzt werden könnte, den Militarismus in Deutschland oder in irgendinem anderen Staate zu fördern. Die Sowjetregierung weist die Absicht deutscher Militaristen ebenso heftig zurück wie die der französischen.

London, 16. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Wie *Daily Herald* meldet, richtete Kamenew am Montag eine Note an Lloyd George, in der er eine klare und unzweideutige Erklärung über die Haltung des russischen Regierungsrates beim finnisch-karelischen Konflikt.

Die amerikanische Hilfe für Polen

Berlin, 18. August. (Eig. Drahtbericht) Der Warschauer Kurier meldet: In einer Note der Vereinigten Staaten an die polnische Regierung lehnen diese eine militärische Unterstützung endgültig ab. Dagegen erklärt sich die Washingtoner Regierung bereit, in weitgehendem Maße für die Unterstützung durch Versandung von Munition und Nahrungsmitteln nach Polen zu sorgen und möglicherweise eine Anleihe zur Fortführung des Krieges gegen die Bolschewisten zu gewähren.

Der englisch-französische Zwischenfall beigelegt

Gens, 16. August. (Drehbericht.) Die Pariser Zeitungen glauben, daß der englisch-französische Zwischenfall sehr rasch beigelegt sein wird, und zu diesem Zwecke läßt wie es scheint, Millerand durch den "Matin" erklären, daß e geneigt sei, die Sowjets unter folgenden drei Bedingungen anzuerkennen: 1. Polen bleibt frei und unangefasst; 2. die Sowjets erkennen die russische Schuld an; 3. die Sowjets beweisen durch Einberufung einer ordnungsmäßig beratenden Versammlung, daß sie in Wahrheit das russische Volk j

Rom, 16. Aug. (Eig. Drabbericht.) Wie im Regierungskreisen verlautet, beabsichtigt die italienische Regierung, bei den offiziellen Beziehungen in versöhnendem Sinne vorstellig zu werden, um in den heißen Beziehungen zu Nachbar eine Entspannung herbeizuführen und Europa einen neuen Krieg zu ersparen. Zu diesem Zweck soll Graf Siso ja dieser Tage nach Verdonesio reisen, um mit dem österreicherischen Botschafter eine Reihe von Verhandlungen einzugehen.

Paris. 16. August. (Eigener Bericht.) Palestine sprach heute nachmittag auf der englischen Botschaft vor, wo er eine längere Unterredung mit dem Botschafter Lord Derby hatte. Dieser übergab ihm eine Mitteilung zu Händen der französischen Regierung. Der Inhalt dieser Mitteilung bezog sich auf die Erklärung, die heute Lloyd George über die englisch-französischen Differenzen machte und in denen der englische Premierminister betonte, daß zwischen Frankreich und England volle Übereinstimmung erzielt worden sei.